

1. XI. 1917

A57

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 30. November. (Fortsetzung.)

Abg. Braun (Soz.) fährt fort: Bei den heutigen hohen Preisen machen die Landwirte ganz gute Profite. Die Frühbruschprämie ist in der Tat eine Liebesgabe. Militärische Ausdrucksformulierungen sind zu sehr günstigen Bedingungen gestellt worden. Der Landwirt hat fast nur für die Verpflegung zu sorgen. Auch sind den Landwirten für 1 Mark täglich Militärpferde geliehen worden, wobei das Futter vom Heer gestellt wurde. Dazu kam noch Gefangenenhilfe. Billiger konnte man in Friedenszeiten nicht dreschen. Die Kartoffel wirkt dem Erzeuger das Dreifache des Friedenspreises ab. Bei den Fischen hat die „Anreiztheorie“ versagt. In Berlin muß der Verbraucher den zehnfachen Friedenspreis für Seefische anlegen. Die Preiserhöhung für das eine Erzeugnis wird zur Preissteigerung für das andere benutzt. Ein Keil treibt so den anderen. Es ist eine Täuschung des Volkes, ihm vorzugaukeln, durch Preistreiberei in Permannenz könnte man die Erzeugnisse steigern. Viele Kreise sind in einem Gewinnsaumel, für sie gilt nur ein Imperativ: „Verdiene und rassel!“ Die Politik der Bereicherung der Erzeuger und Ausplünderung der Verbraucher machen wir nicht mit. Wir fordern Abbau der Preise. Die Verheimlichung der Kartoffelvorräte wird offenbar in diesem Jahre systematisch betrieben. Für 20 bis 25 bis fünfzehn Mark sind Kartoffeln zu haben. Sogar offiziell sind sie zu einem solchen Preise abgegeben worden, z. B. in Oberhausen. Das fordert ja gerade zu der Höchstpreisüberschreitung heraus. Immer wird noch zu viel Vieh durchgefüttert. In der U. C. G. in der Brunnenstraße ist selbst von der staatlichen Zuteilungstelle den Arbeitern „reiner Bienenhonig“ zu 10 bis 15 M. das Pfund ohne Glas angeboten worden, also weit über Höchstpreis. Zwischen den Auktionsern der Werke und den Gemeindebehörden findet ein Wettlauf statt. Das Volk erwartet den Frieden. Die Regierung muß alles tun, um dem aus dem Osten kommenden Friedensangebot zum Erfolge zu verhelfen.

Leiter der Reichsgetreidestelle Landrat Peters: Es ist nicht richtig, daß der Reichskommissar nicht genügend gegen den Schleichhandel vorgeht. Verfehlungen kommen überall vor. Die Moral ist nicht mehr so, wie sie sein müßte. Ich muß dem widersprechen, daß sich Behörden an Höchstpreisüberschreitungen beteiligen. Bei der U. C. G. wird es sich sicher um Auslandshonig gehandelt haben. (Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Das sagen die Schieber auch!) Es ist unrichtig, daß im Bezirk Düsseldorf Kartoffeln bis zu 12 Mark abgegeben wurden. Wir haben in die In- und Austriebezirke und in die Werke große Reserven für die Massenpreisung gelegt. Diese Kartoffeln sind aber zum gesetzlichen Höchstpreise abgegeben. Für den Kleinhandel waren keine Höchstpreise festgesetzt. Wenn 12 bis 13 Mark in Oberhausen gefordert wurden, so muß die Stadt Oberhausen in ihrer Kalkulation sich versehen haben. (Zurufe links.) Der Abg. Braun hat im Ausschuss dem Antrag auf Erhöhung der Ration auf zehn Pfund nicht zugestimmt. Wenn die Erhöhung jetzt vorgenommen wird, verbrauchen wir den Wintervorrat und kommen im Januar-Februar in Schwierigkeiten. Die Ernte ist noch nicht zu übersehen. Leichtfertige Versprechungen für später wollen wir nicht machen.

Abg. Hammer (kons.) begründet einen Antrag auf Wiederherstellung der Freizügigkeit des Handels. Die Kleinhandeler leiden besonders unter den zahlreichen Verordnungen. Überall legen die Gemeinden stark zu und viel Ware geht zugrunde. Die Rechtsprechung in Lebensmittelfragen wird vom Volk nicht verstanden. Bei der Ausschaltung des freien Handels muß der Schleichhandel klüßen. Abgesehen von Getreide, Fleisch und Fett könnte jetzt der freie Handel wieder eingeführt werden.

Abg. Dr. Reiboldt (frk.) bemängelt gleichfalls die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften. Die Zwangsbevirtschaftung hat ihre großen Mängel. Man sollte endlich mit den vielen Verordnungen aufhören, deren Durchsührung nur Arbeitskräfte in Anspruch nimmt. Jede Stunde, die der Landwirt darauf verwenden muß, bedeutet eine Verminderung der Erzeugung. Die Landbevölkerung hat ein großes Opfer auf sich genommen, als sie in die „em Sommer die Sechshunder zu sich nahm. Statt Dank hat die Landwirtschaft nur heftige Angriffe dafür erziehen. Der Redner begründet weiter einen Antrag auf Berufung eines Ausschusses, der Vorschläge machen soll zur Ausführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über Erzeugung und Vertriebswirtschaft der Lebensmittel.

Abg. v. Roddin (kons.): Auch nach Friedensschluss sind wir zunächst auf unsere eigene Erzeugung angewiesen. Der Landmann wird noch immer falsch beurteilt. Die Arbeit, die auf das Studium des Volkes von unbrauchbaren und sich überholenden Verordnungen von den Gutsherren verwendet werden muß, hätte man der Kartoffelerzeugung zugute kommen lassen sollen. Von den Tieren haben die Verbraucher nur sehr wenig gesehen. Man sollte es hier einmal mit dem freien Handel versuchen.

Staatssekretär v. Waldow äußert verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Antrag Reiboldt, der die Grenzen zwischen Legislative und Exekutive in bedenklicher Weise vermischt. Außerdem schaffe er in der Ernährung noch ein weiteres behördliches Organ und werde damit bei schnellen Maßnahmen hemmend wirken.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.